

**Gegenstand: Selbstverwaltetes Jugendzentrum in Speyer;
Anfrage des Ratsmitgliedes Die Linke
Vorlage: 0558/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: *Wurde in der Sache eines selbstverwalteten Jugendzentrums mit anderen Städten, in denen ein solches bereits besteht Kontakt aufgenommen?*

Nein, da auch kein entsprechender Auftrag an die Verwaltung bestanden hat. Die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum ist inhaltlich nicht identisch mit den vom Jugendstadtrat favorisierten Inhalten und ist ein Wunsch der Gruppe Infra. Der Jugendstadtrat sucht kostengünstige Räume für Geburtstagsfeiern etc. während die Zielrichtung von Infra viel weiter geht. Da aber noch nicht einmal Räumlichkeiten für die Anforderungen des Jugendstadtrates bereitgestellt werden konnten, erübrigt sich auch die nächste inhaltliche Frage.

zu Frage 2: *Wurde sich über konkreten Nutzen und Kosten ein Bild gemacht?*

Schlussfolgernd aus Nr. 1 - nein.

zu Frage 3: *Wenn ja, können diese Informationen zeitnah an den Jugendstadtrat und INFRA weitergegeben werden?*

Schlussfolgernd aus Nrn. 1 und 2 - nein.

zu Frage 4: *Wenn nein, wird die Verwaltung diesbezüglich in Austausch mit anderen Städten treten?*

Ist derzeit nicht beabsichtigt, da ein entsprechender Auftrag fehlt.

zu Frage 5: *Wurde zusammen mit INFRA bereits ein Konzept erarbeitet, wie ein selbstverwaltetes Jugendzentrum mit möglichst geringem finanziellem Aufwand für die Stadt einerseits und möglichst wenig Auflagen und Einschränkungen für INFRA andererseits aussehen könnte?*

Auch dies wird auf Basis von Antwort 1 verneint.

zu Frage 6: *Wenn ja: Wann liegt diese Konzept vor? Wenn nein: Wann wird die Stadt mit INFRA über konkrete Vorstellungen sprechen und ein solches Konzept erarbeiten?*

Die Verwaltung hat - diplomatisch ausgedrückt - ein gewisses Kommunikationsproblem mit Infra. Wegen einer gewollt fehlenden, kontinuierlichen Ansprechperson der Gruppe gestalten sich Verhandlungen schwierig.

zu Frage 7: *Wurde bei der Auswahl der geprüften Standorte die Möglichkeit eines großen Anteils an Eigenleistung von INFRA bei der Nutzbarmachung eines Objektes in Betracht gezogen?*

Wird ebenfalls verneint.

Mit dem Jugendstadtrat ist die Verwaltung kontinuierlich im Gespräch über bestehende Nutzungsmöglichkeiten.

Zu der Anfrage der Linken, welche Objekte geprüft wurden, teilt der Vorsitzende mit, dass dazu in der letzten Ratssitzung ausführlich Stellung genommen wurde. Hinsichtlich der möglichen Nutzung der Bundeswehrliegenschaft wird dort derzeit geprüft, inwieweit das Sicherheitsbedürfnis der Bundeswehr eine Öffnung der Liegenschaft zulässt. Man kann daher auch noch nichts dazu sagen, wie gezielte Werbemaßnahmen durch die Bundeswehr ausgeschlossen werden können.

Herr Förster will ergänzend wissen, wie die Prüfungsergebnisse der Gebäude, die in der letzten Sitzung genannt wurden, ausgefallen sind. Dies ist dem Protokoll nicht zu entnehmen. Hierzu erläutert der Vorsitzende:

- Nebengebäude Halle 101 - wird weiterhin vom RMV selbst genutzt - Neubau nicht finanzierbar
- Angelhof - Objekt liegt auf Otterstadter Gemarkung und nicht in Speyer
- Gewerbehalle Auestraße - Nutzung nicht optimal, da unmittelbar Wohnbebauung anschließt
- Gewerbehalle SP-West - Vermieter wohnt direkt hinter der Halle, Nachtstundennutzung folglich nicht möglich
- Truppenübungsgelände Dudenhofen - Gespräch mit dem Standortverwalter wird gesucht
- Lagerhallen GEWO - werden noch komplett genutzt und stehen nicht zur Verfügung
- CVJM-Haus - CVJM ist selbst noch auf Ideensuche über Nutzung, Kauf wegen Erbpacht nicht sinnvoll

Mit Bundeswehr und CVJM sind die Prüfungsgespräche noch nicht abgeschlossen.

**Gegenstand: Betreuung im Stadtbusverkehr;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 09.08.2011
Vorlage: 0559/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass Bushelfer grundsätzlich von allen Beteiligten positiv aufgenommen werden. Allerdings sehen die Linienbetreiber derzeit keinen Bedarf zur festen Installation einer solchen Einrichtung. Freiwillige Unterstützer können als Busbegleiter eingesetzt werden, allerdings mit gültigem Fahrschein.

Am Projekt Bürgerarbeit der BA haben sich die pfälzischen Kommunen nicht beteiligt. Als Arbeitsgelegenheit nach SGB II ist eine solche Tätigkeit nicht geeignet. Zu prüfen ist noch, ob ein Einsatz über den Bundesfreiwilligendienst, die Ehrenamtsbörse *spefa* oder die Taschengeldbörse im Mehrgenerationenhaus möglich wäre.

In der mündlichen Begründung durch Dr. Montero-Muth wird ausgeführt, dass Bushelfer einerseits verhindern sollen, Senioren völlig von der urbanen Mobilität anzuschneiden. Andererseits können sie die Akzeptanz für Busverkehr steigern. Profitieren könnten davon auch Mütter mit Kinderwagen und Behinderte. Insbesondere Linien mit hohem Seniorenanteil, wie z.B. Richtung Mausbergweg, sollten zu bestimmten Zeiten einen solchen Service bieten.

Herrn Dr. Lorenz stimmt dieser Antrag persönlich traurig, weil er impliziert, dass heutzutage niemand mehr Hilfe leistet. Er schlägt vor, dieses Thema bei den nächsten Vertragsverhandlungen der Linienvergabe mit aufzunehmen; in welcher Art, wäre noch zu festzulegen. Außerdem erinnert er an den Vorschlag der Grünen zur Einrichtung von auf freiwilliger Basis organisierten Bürgerbussen in Zusammenarbeit mit den ÖPNV-Trägern. Die Thematik sollte im Sozialausschuss weiter beraten werden. Frau Münch-Weinmann schließt sich dieser Argumentation an und schlägt eine Verweisung in den Sozialausschuss vor.

Für Herrn C. Ableiter ist das ein erstrebenswertes Ziel, aber nicht unbedingt der wirtschaftlichste Ansatz. Außerdem wird der Eindruck vermittelt, dass niemand mehr helfen wollte. Er fragt nach, ob es nicht eine Verpflichtung für die Busfahrer zur Hilfeleistung gibt, zumindest außerhalb der Stoßzeiten. Nach Auskunft des Vorsitzenden bestätigen die Busunternehmen diese Verpflichtung und unterstreichen, dass die Fahrer dies auch tun würden. Herr Ableiter fordert, die Verwaltung solle sich darüber Gedanken machen, wie die BürgerInnen nochmals darauf hingewiesen werden können, dieses Recht in Anspruch zu nehmen.

Herr Hofmann weist auf den zeitlichen Faktor für die Busfahrer hin. Er berichtet über Beschwerden von Damen, dass die vorhandene Neigetechnik nicht eingesetzt wird, während die Fahrer darüber klagen, dass sie dann ihren Fahrplan nicht einhalten könnten.

Herr Knutas fährt regelmäßig mit dem Stadtbus und hat bisher immer Unterstützung erhalten, hält den Antrag für ältere Menschen aber für berechtigt. Es gibt nach seinen Erfahrungen solche und solche Fahrer.

Nach Ansicht von Frau Keller-Mehlem fühlen sich ältere Menschen oft benachteiligt. Sie erinnert an die Gedankenlosigkeit von Jüngeren, die im öffentlichen Straßenbereich oft zu beobachten ist. Ältere Menschen nehmen das ganz anders wahr. Hierzu hat sie viele Rückmeldungen aus dem Mehrgenerationenhaus. Frau Dr. Montero-Muth schließt sich dem an.

Herr Röbosch regt an, dass die Schulen Aktionen für Hilfestellungen in Zusammenarbeit mit den Mehrgenerationenhäusern starten sollten.

Herr Dr. Wintterle stellt fest, dass eine Verpflichtung offensichtlich besteht. Er äußert sich kritisch dazu, für etwas nochmals Geld ausgeben zu wollen, das man auf vertraglicher Basis ohnehin schon eingekauft hat. Die Busunternehmen sollten angehalten werden, ihre Vertragspflichten zu erfüllen. Der Antrag ist fristgerecht eingegangen, also hätte die Verwaltung das doch ausreichend prüfen können. Auch er favorisiert eine weitere Beratung im Sozialausschuss.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Jakumeit ist eine wohnortnahe medizinische Versorgung zum Erliegen gekommen, auch in Speyer. Auch hier gibt es im Wesentlichen noch zwei Zentren, die eine weitere Anreise der Patienten erforderlich machen. Hierzu äußert Herr Dr. Wintterle, wenn die Ärzte ihre Praxen an den Stadtrand verlegen, kann es kein Automatismus sein, dass die Buslinien dem folgen müssen.

Herr Dr. Jung erklärt, man hätte den Antrag nicht stellen müssen, wenn alles so einfach wäre. Auf bestimmten Strecken und zu bestimmten Zeiten ist ein solches Angebot erforderlich, um die Laufzeiten der Busse nicht unnötig zu belasten. Der Antrag zielt nicht auf einen flächendeckenden Einsatz zu allen Zeiten ab. Er will lediglich eine Prüfung mit dem VFBB; wenn ein Stadtrat da nicht zustimmen kann, wundert ihn das. Nach der Prüfung kann das Ergebnis dem Sozialausschuss vorgelegt werden.

Der Vorsitzende thematisiert die Diskrepanz zwischen dem offensichtlich erkennbaren Konsens und der nicht enden wollenden Rednerliste.

Nach Ansicht von Herrn Schütt sollte ergänzt werden, zu versuchen, auch über andere kostenfreie Möglichkeiten diese Bedürfnisse zu befriedigen. Frau Münch-Weinmann fordert, auch andere Bildungsträger mit einzubinden, nicht nur den VFBB. Dessen Nennung bezeichnet der Vorsitzende als beispielhaft.

Nach Erkenntnissen von Herrn C. Ableiter werden ABM-Maßnahmen in erheblichem Umfang vom Bund gekürzt. Nur einige Linien zu bedienen, kann schnell einen Flaschenhals nach sich ziehen, weil erfahrungsgemäß dann eine Vielzahl von Personen gleichzeitig den Service nutzen will. Er sieht daher keine Alternative, auf Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen zu bestehen.

Der Vorsitzende fasst als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass der Prüfauftrag der CDU um das Modell Bürgerbus (Antrag Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt werden soll. Zunächst einmal muss der Bedarf festgestellt werden. Die Mehrzahl der Fahrer verhält sich mustergültig, hinsichtlich "schwarzer Schafe" unter den Busfahrern muss auf die Einhaltung der Vertragsbedingungen gepocht werden. Das Prüfungsergebnis wird dem Sozialausschuss zugeleitet.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Kontakt mit der Arbeitsverwaltung und anderen Trägern, z.B. dem VFBB, sowie den ÖPNV-Trägern zu prüfen, ob in definierten Zeitfenstern am Vor- und Nachmittag der Einsatz von Helfern möglich ist, die hilfsbedürftige Mitbürger(innen) im Rahmen des Stadtbusverkehrs beim Ein- und Ausstieg unterstützen.

Zusätzlich ist zu prüfen, ob der Bedarf besteht, für Hilfsbedürftige über ehrenamtliches Engagement ein entsprechendes Transportangebot durch so genannte Bürgerbusse zu realisieren.

**Gegenstand: Elektronisches Entgelt-Nachweisverfahren (ELENA);
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion vom 10.08.2011
Vorlage: 0560/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende teilt zur Anfrage der FDP-Fraktion mit, dass über die Höhe der bei Umsetzung des Verfahrens entstehenden Kosten von der Stadtverwaltung keine Angaben gemacht werden können, da die Hauptlast die jeweiligen Arbeitgeber für die Übermittlung an die zentrale Sammelstelle hätten tragen müssen. Der mögliche Beratungsaufwand wurde nicht kalkuliert.

Beim Wohngeld hätte sich das Problem ergeben, dass laut Wohngeldgesetz auch fiktive Einkommen (z.B. Urlaubs-, Weihnachtsgeld) in die Berechnung aufgenommen werden müssen, diese u.U. aber nicht im ELENA-Verfahren gemeldet worden wären, da sie keinen tatsächlichen Verdienst darstellen.

Beim Elterngeld tritt das Problem der Zahl der tatsächlich gearbeiteten Arbeitsstunden auf, die in ELENA nicht erfasst worden wären. Es hätte zusätzlich eine Einkommensfeststellung direkt beim Arbeitgeber, wie bisher, stattfinden müssen.

Die Anzahl der Lesegeräte/Signaturkarten im Stadtgebiet ist unbekannt. Für die Anwendung bei der Stadtverwaltung hätten nur einige Arbeitsplätze ausgestattet werden müssen. Die Kosten belaufen sich dabei auf rund 100 €/Arbeitsplatz, zzgl. einer Erneuerung der Signaturkarten alle 2 Jahre (ca. 52,- €).

Da im Hinblick auf die angekündigte Einführung 2012 bzw. erst 2014 bisher keine Mittel im Haushalt veranschlagt waren und de facto keine Kosten entstanden sind, hat die Stadtverwaltung Speyer durch das vorzeitige Aus für das ELENA-Verfahren keine finanziellen Vor- oder Nachteile erfahren.

**Gegenstand: Lärmschutzmaßnahmen Bahn - Sachstand Wirtschaftsgymnasium;
Anfragen der FDP-Stadtratsfraktion vom 10.08.2011
Vorlage: 0561/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfragen der FDP-Fraktion wie folgt:

Zu Frage 1 - Lärmschutzmaßnahmen Bahn:

Bei der Stadtverwaltung liegen keine Informationen über geplante Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecke vor.

Allerdings ist davon auszugehen, dass im Rahmen der Umsetzung der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie bei der Stufe II der Strategischen Lärmkartierung und der sich anschließenden Lärmaktionsplanung die Speyerer Bahnstrecken Berücksichtigung finden werden.

Im Zuge der Umsetzung der Stufe II der Lärmkartierung sind für Haupteisenbahnstrecken mit einem Verkehrsaufkommen von über 30.000 Zügen pro Jahr bis zum 30. Juni 2012 die Lärmkarten zu erstellen; danach sind die Lärmkarten alle 5 Jahre zu überarbeiten, bedarfsweise auch früher. Die Zuständigkeit für die Erstellung der Lärmkarten an Schienenwegen des Bundes liegt beim Eisenbahn-Bundesamt. Darauf aufbauend sind bis zum 18. Juli 2013 Lärmaktionspläne zu erstellen. Hierfür sind die Gemeinden zuständig.

Die Strategischen Lärmkarten werden Informationen liefern über die Stärke der Lärmbelastung der Anwohner entlang der Schienenwege während der Tages- und Nachtzeit sowie auch über die Anzahl der betroffenen Personen. Hieraus ergeben sich der Handlungsbedarf und die entsprechenden Prioritäten für die sich anschließende Lärmaktionsplanung.

Zu Frage 2 - Wirtschaftsgymnasium:

Mit Schreiben vom 19.08.2011 hat das Ministerium für Bildung Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur mitgeteilt, dass der Antrag der Johann-Joachim-Becher-Schule auf Erweiterung des Bildungsangebotes um ein berufliches Gymnasium, Fachrichtung Wirtschaft, erneut abgelehnt wird. Die Ablehnung wurde nicht weiter begründet.

Positiv beschieden wurde hingegen die Erweiterung des Bildungsangebotes um eine Fachschule Technik, Fachrichtung Luftfahrttechnik.

**Gegenstand: Radwege Burg- und Iggelheimer Straße;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.08.2011
Vorlage: 0562/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert vorab über die Maßnahmen, die in der letzten Zeit durchgeführt bzw. beauftragt wurde:

- Zur Verdeutlichung wurden Rotmarkierungen von Radwegen in folgenden Straßen angebracht: 3 Auestraße, 3 Dudenhofer Straße, 6 Siemensstraße; beauftragt sind K2 und Landwehrstraße. Es handelt sich dabei um Flächen in einer Größenordnung von insgesamt ca. 300 qm; die Kosten belaufen sich auf rund 8.200 €

Folgende Arbeitsaufträge sind erteilt und werden in den nächsten Wochen abgearbeitet:

- In der Wormser Straße werden im Bereich zwischen der Post und der Korngasse zusätzliche Fahrradständer installiert; 2 Fahrradständer sind bereits installiert.
- In der Großen Greifengasse wird 1 Fahrradbügel für 2 Fahrräder installiert
- Am Mitfahrerparkplatz werden 3 Fahrradbügel für die Aufstellung von 6 Fahrrädern installiert.
- In der Iggelheimer Straße wird der Radweg im Bereich Aldi Lidl verlängert. Später soll der Radweg noch bis zur Landwehrstraße ausgebaut werden. Hierzu sind noch Abstimmungsgespräche mit Lidl zu führen.
- In der Kurt-Schuhmacher-Straße zwischen Im Erlich und Wingertsgewann wird der Radweg auf das Niveau des neuen Gehwegs gebracht.
- Diverse Wurzelschäden auf Radwegen werden noch beseitigt, z.B. in der Dudenhofer Straße, Burgstraße, Friedrich-Ebert Straße
- In der Siemensstraße im Einfahrtsbereich der Firma Fa. Tyco wurde die Querung verkehrssicherer gemacht.
- In der Wormser Landstraße wird im Bereich Görtz eine Überquerungshilfe installiert.

Bezüglich des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen führt der Vorsitzende seitens der Verwaltung folgende Maßnahmen aus:

Iggelheimer Straße:

In der Iggelheimer Straße wurde bereits im Juni 2011 mit der Vorbereitung für die Einrichtung eines Schutzstreifens für Radfahrer zwischen Am Spinnrädels und dem neuen REWE-Markt auf der östlichen Fahrbahnseite begonnen. Dabei wurden die Borde in dem beschriebenen Bereich abgesenkt und eine Aufpflasterung durchgeführt. Derzeit ist die verkehrsrechtliche Anordnung für die Markierungsarbeiten bei Abteilung 220 in Bearbeitung und wird in Kürze abgeschlossen werden.

Die Radfahrer werden dann im oben genannten Teilstück vom Radweg auf die Fahrbahn und wieder auf den neu ausgebauten Radweg im Bereich des REWE-Marktes geführt. Im weiteren Verlauf des Radweges ist zum Knoten in der Landwehrstraße hin, ein weiterer Ausbau des Radweges notwendig. Dieser wird voraussichtlich mit einer Kanalsanierungs-

maßnahme der EBS am Knotenpunkt Iggelheimer Straße/Landwehrstraße parallel durchgeführt werden.

Burgstraße:

Im Bereich der Burgstraße sind mehrere Alternativen möglich:

A1: Aufhebung der Benutzungspflicht auf dem östlich gelegenen Radweg durch Aufhebung des Verkehrszeichens 239 und somit nutzbar weiterhin als anderer Radweg.

- Die Radfahrer können dann auch auf die Fahrbahn ausweichen und sind nicht mehr an eine Benutzungspflicht gebunden

Die Kosten sind minimal, da nur ein Verkehrszeichen entfernt werden muss

A2: Einrichtung eines Schutzstreifens auf der östlichen Fahrbahnseite:

- Es sind Umbaumaßnahmen an der Bordanlage und Markierungsarbeiten notwendig.
- Wegfall aller Stellplätze auf der östlichen Fahrbahnseite; dies ist besonders im Bereich der Einmündung zur Josef-Schmitt-Straße problematisch, da hier eine Vielzahl an Stellplätzen für die Anwohner der Wohnanlage wegfallen würden, ohne die Möglichkeit der Verlagerung der Stellplätze in angrenzende Wohngebiete zu haben.
- Wegfall der Benutzungspflicht und Möglichkeit der Einrichtung eines Sonderweges für Fußgänger

Die Kosten für den Aufwand durch Umbaumaßnahmen an der Bordanlage und Markierungen sind durch die Tiefbauabteilung in den Haushalt einzustellen.

A3: Radwegeausbau in östliche Richtung

- Der notwendige Grundstückserwerb von Bahngelände ist fraglich; hier sind Abstimmungsgespräche und Verhandlungen mit der Bahn erforderlich.
 - Vorteile:
Erhalt der Stellplätze
sichere Radwegführung
 - Nachteile:
Wurzelbeschädigung durch Tiefbau möglich, dadurch Gefährdung des Baumbestandes, Erhalt der Baumreihe fraglich.

Die Kosten wären erheblich. Der Grundstückserwerb und der Ausbau müssen in den Haushalt aufgenommen werden.

Herr Czerny bezeichnet den Radverkehr an der Burgstraße wegen der vielen Fußgänger als besonders problematisch, daher sollte ein Radstreifen auf der Straße installiert werden.

Herr Roßkopf begrüßt für die SWG den Antrag. Er unterstützt die Forderung, Radfahrer auf die Straße zu holen, wo es bei Querungen Probleme geben kann.

Herr Förster weist darauf hin, dass in der Burgstraße auf Höhe Burgtor höhere Bordsteinabsätze am vorhandenen Radweg zu überwinden sind wie in der Iggelheimer Straße. Zunächst sollten bestehende Radwege in Ordnung gehalten werden, bevor an den Bau neuer gedacht wird. Außerdem ist ein Rückschnitt der Sträucher entlang der Bahnlinie an der Iggelheimer Straße notwendig.

Die Beschlussfassung wird angesichts der vom Vorsitzenden vorgestellten Aktivitäten der Stadt bis auf Weiteres vertagt.

**Gegenstand: Sachstandsbericht Ausschreibung ehemalige Reithalle Normand-Gelände; Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 12.08.2011
Vorlage: 0563/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass nach der Ausschreibung 10 Exposés verschickt wurden. Tenor der Reaktionen war, die Stadt möge sanieren und erst danach Verträge über Nutzungen schließen. Es liegt ein konkreter Vorschlag vor, der den Einbau von 11 Eigentumswohnungen vorsieht, wobei Finanzierungsfragen noch völlig offen sind. Ein zweiter Vorschlag sieht nach Sanierung (durch die Stadt) vor, dort 3-4 Wohnungen für Familien mit Kindern und eine Art Gemeindezentrum einzurichten.

Herr Roßkopf mutmaßt in seiner Zusatzfrage, dass das Gebäude schon so gerechnet wurde, dass es für viele Interessenten uninteressant wird. Der einstimmige Auftrag des Stadtrates zum Erhalt der Halle könnte mit "Phantasie" der Verwaltung sicherlich ähnlich umgesetzt werden, wie das bei anderen Objekten auch schon der Fall war, für die erhebliche Summen aufgewendet wurden. Er kann eine Liste von solchen Unternehmungen, wofür die Stadt schon viel Geld ausgegeben hat, gerne vorlegen. Der Vorsitzende entgegnet, dass eine wirtschaftliche Nutzung der Halle mit Blick auf den kommenden Entschuldungsfond aktuell nicht erkennbar ist, weshalb die Verwaltung auch die Nutzung durch städtische Einrichtungen und die Freigabe bzw. den Verkauf eines anderen Objektes prüft.

Herr C. Ableiter stellt fest, dass das Stadtquartier insgesamt etwas gesichtslos wurde, daher ist das Bedürfnis zum Erhalt der Halle verständlich. Er schlägt vor, auch auf Religionsgemeinschaften zuzugehen. Nach Auffassung des Vorsitzenden verkaufen die großen christlichen Kirchen eher ihre Objekte. Andere große Religionsgemeinschaften bauen gerade an anderer Stelle. Die kleinen Freikirchen denken wirtschaftlich in ganz anderen Dimensionen als hier zur Debatte steht.

18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.08.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Auslobung des 9. Fassaden- und Architekturwettbewerbes der Stadt Speyer - Information
Vorlage: 0564/2011

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Schütt bezeichnet den Termin 30. September für die Einreichung der Bewerbungen etwas knapp. Der Vorsitzende weist daraufhin, dass nur abgeschlossene Projekte eingereicht werden können. Es bestehe aber kein Problem, die Anmeldefrist bis zum 31. Oktober zu verlängern.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Auslobung einstimmig zu.

Die Frist zur Abgabe der Anmeldungen wird bis zum 31. Oktober 2011 verlängert.

Gegenstand: Änderung der Jagdsteuersatzung
Vorlage: 0552/2011

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Beratung und Beschlussempfehlung des Haupt- und Stiftungsausschusses. Bei dem Verzicht auf Jagdsteuer handelt es sich um eine Kostenabwägung zwischen entgangenen Steuereinnahmen und den Kosten bei Entsorgung von Fallwild durch die Stadt, wenn die Jäger diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen.

Herr Czerny möchte die Zahl der Jagdpächter in Speyer wissen. Er ist der Auffassung, dass Wildschäden über die Kfz-Versicherung geregelt werden. Nach Auskunft des Vorsitzenden geht die Initiative nicht von den Pächtern (4 Jagdbögen, 6 Pächter) sondern vom Jagdverband aus.

Herr C. Ableiter erkundigt sich, ob die Jagdsteuer neu eingeführt wurde. Der Vorsitzende führt aus, dass es ein langjähriges Bestreben des Landesjagdverbandes ist, die Gemeinleistungen der Jäger bei der Beseitigung toter Tiere nicht noch durch zusätzliche Steuern zu bestrafen.

Herr Schütt fragt nach, ob es sich um eine Aussetzung oder Abschaffung der Steuer handelt. Die Verwaltung erläutert, dass die Forderung niedergeschlagen wird, wenn durch die Jäger die Leistungen erbracht und nachgewiesen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 3 Enthaltungen: Czerny, Heimfarth, Schütt - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) die in der Vorlage befindliche Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung einer Jagdsteuer nebst Anlagen.

Gegenstand: Änderung der Wochenmarktsatzung
Vorlage: 0556/2011

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss. Er verliest eingangs ein Schreiben der Marktbeschickerin Frau Weiler, wonach von den 30 Marktbeschickern nur 5 am Donnerstagsmarkt teilnehmen, weil die anderen anderweitige Märkte bedienen oder nur Samstag kommen wollen. In der Erdbeer- und Spargelzeit sind deutlich mehr Stände vorhanden. Früher wurden die Marktstände von der Stadt gestellt und gereinigt. Dies wurde alles langsam abgeschafft und trotzdem wurden die Gebühren erhöht. Die 5 Beschicker, die kommen, kommen gerne. Sie plädiert für einen Erhalt des Donnerstagsmarktes.

Herr Deutsch bezeichnet den Wegfall des Donnerstagsmarktes als Rückschritt, da die Einkaufsmöglichkeiten von Lebensmitteln in der Innenstadt ohnehin gering sind. Man muss das Marktwesen auch unter touristischen Aspekten und dem Gedanken der Stadtentwicklung sehen. Er setzt sich für eine Aufstellung von festen Marktständen und für eine dauerhafte Erhaltung eines Marktgeschehens ein.

Der Vorsitzende wendet ein, dass die Abschaffung des Donnerstagsmarktes keine Idee der Verwaltung ist, sondern Folge der mangelnden Resonanz durch die Beschicker. Jeder Markttag verursacht der Verwaltung Kosten.

Herr Förster äußert die Meinung, wenn 5 Beschicker bleiben wollen, dann sollte man für diesen Kreis auch eine Möglichkeit erhalten.

Herr C. Ableiter sieht in dem Vertrieb frischer regionaler Produkte auf dem Wochenmarkt ein Stück Lebensqualität und einen Aspekt der nachhaltigen Entwicklung. Er ist überzeugt, dass die Schrumpfung stoppen wird.

Die Autos haben nach Auffassung von Herrn Dr. Jung den Markt nicht verdrängt. Die Entwicklung war vielmehr die, dass, nachdem keine Stände mehr da waren, man den Platz wieder als Parkplatz nutzt. Er regt an, ob man die 5 Marktstände nicht an anderer Stelle verkaufen lassen könnte. Z.B. das Geschirrpflätzchen könnte eine interessante Alternative sein, wenn das von den Kosten vertretbar wäre.

Die Verwaltung prüft nach Auskunft des Vorsitzenden gerne Alternativen zum Standort.

Herr Dr. Lorenz wirft als Idee ein, aus der Reithalle im Quartier Normand eine Markthalle nach französischem Vorbild zu machen.

Herr Hofmann wirft die Frage auf, warum man die 5-6 Beschicker nicht auf die Hauptstraße verlegen sollte. Dies würde sicherlich die Attraktivität für Touristen und Stadtbild steigern.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Winterle erlebt man gerade eine Sternstunde, die in einen Prüfauftrag an die Verwaltung münden sollte. Allerdings müsste man dann aber auch die anderen Beschicker befragen und einen Beschluss in der nächsten Ratssitzung fassen. Er könnte sich die Reithalle als Frischmarkt für Biobauern vorstellen.

Herr Jaberg regt an, den Markt für weitere Produkte neben Lebensmitteln und Blumen zu öffnen.

Auch Frau Roos will eine Lanze für den Donnerstagsmarkt brechen, auch wenn es nur wenige Leute sind. Sie ist überrascht über die vielen tollen Ideen, die vorgebracht wurden, bis hin zur Markthalle.

Hauptsache für Herrn C. Ableiter ist, dass es überhaupt ein Marktangebot gibt, mit wie vielen Beschickern auch immer. Man kann diejenigen, die bisher durchgehalten haben, auch durchaus bevorzugen; Die Händler bauen selbst auf und ab und entsorgen selbst. Der Marktmeister müsste lediglich 1-2 x nach dem Rechten sehen und ist in unmittelbarer Nähe.

Herr Roßkopf hat interessante Redebeiträge gehört und kann der Vorlage daher heute nicht zustimmen. Er plädiert dafür, die Angelegenheit nochmals zu prüfen und in einer der nächsten Sitzungen zu entscheiden.

Frau Boiselle-Vogler stellt fest, dass ihr Herr Dr. Jung mit seiner Idee aus der Seele gesprochen habe.

Die Verwaltung zieht nach Aussage des Vorsitzenden ihre Vorlage zurück und erarbeitet Alternativmodelle. Danach wird die Thematik im Haupt- und Stiftungsausschuss vorgestellt. Dem schließt sich der Stadtrat einmütig an.

18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.08.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Stadtwerke Speyer GmbH und Ergebnisverwendung
Vorlage: 0567/2011**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Stadtwerke Speyer GmbH und der Verkehrsbetriebe Speyer GmbH.

Der Rat der Stadt Speyer schlägt der Gesellschafterversammlung einstimmig vor, den vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Speyer GmbH in seiner Sitzung am 16.08.2011 beschlossenen Jahresabschluss 2009 der Stadtwerke Speyer GmbH in der vorgelegten Fassung festzustellen.

2. Verwendung des Jahresergebnisses 2010 der Stadtwerke Speyer GmbH

Der Rat der Stadt Speyer schlägt der Gesellschafterversammlung auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH aus der Sitzung am 16.08.2011 einstimmig vor, aus dem Bilanzgewinn 2010 in Höhe von 4.824.824,72 € einen Betrag in Höhe von 1.000.000,00 € an den Gesellschafter auszuschütten, und den verbleibenden Gewinn in Höhe von 3.824.824,72 € in die Gewinnrücklage des Unternehmens einzustellen.

18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.08.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Wünsche oder Anträge zur Umbesetzung von Ausschüssen werden nicht vorgetragen.

18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.08.2011

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0566/2011

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Herr Christian Keller meldet sich als Sprecher der „Initiative Freiraum“ (Infra) zu Wort und stellt für diese klar, dass die Aussage aus TOP 1, es sei kein Kontakt zur Stadtverwaltung aufgenommen worden, so nicht richtig ist. Der Kontakt wurde zu Frau Bürgermeisterin Kabs über E-Mail hergestellt, die Namen der Ansprechpartner waren bekannt. Ihm stellt sich die Frage, warum Frau Kabs diesen Kontakt nicht weiter aufgegriffen hat. Nach Auffassung des Vorsitzenden existiert kein entsprechender Ratsauftrag für die Schaffung eines Jugendzentrums unter der Leitung von Infra.

Herr Keller zitiert für "diejenigen, die an Erinnerungsschwäche leiden", aus dem Ratsprotokoll zum Antrag der Grünen von Frau Hannah Jaberg vom Dezember 2010, nachdem eine Prüfung "in Zusammenarbeit mit der Jugendinitiative Freiraum" erfolgen soll, was bisher nicht geschehen ist. Der Jugendstadtrat hatte mit diesem Antrag nichts zu tun; dieser wurde für Infra gestellt.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass selbst für die geringeren Ansprüche des JSR keine Räume vorhanden sind. Darüber wurde inzwischen in zwei Ratssitzungen berichtet. Insoweit sei der Antrag in der Tat noch nicht abgearbeitet.

Herr Dr. Jung schlägt vor, dass die Jugenddezernentin nach ihrem Urlaub die VertreterInnen von Infra, dem Jugendstadtrat und der Fraktionen zu einem Gespräch in informeller Runde einlädt, bei dem alle Punkte angesprochen werden, da er den Eindruck hat, es gebe Kommunikationsdefizite.

Nach Auffassung von Herrn C. Ableiter ist es nicht zwangsläufig so, dass es für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum keine Räume gibt, nur weil kein Partyräumchen nach den Anforderungen des JSR angeboten werden kann. Jugendzentren können in ganz anderem Zustand sein und organisiert werden. Auch vorübergehende Nutzungen können geprüft werden. Er denkt zum Beispiel an die Reithalle Normand, nachdem sie schon leer steht, vergleichbar mit der temporären Nutzung der Filzfabrik durch den Künstlerverein. Auch die Halle 101 sei so entstanden.

Die Reithalle ist nach Aussage des Vorsitzenden feuerpolizeilich gesperrt und steht damit nicht zur Verfügung. Frau Bürgermeisterin Kabs wird alle vorher genannten Beteiligten zu einem Gesprächskreis einladen.

18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.08.2011



18. Sitzung des Stadtrates 24.08.2011 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!